- Verhaftete können dreimal monatlich unter Aufsicht des Untersuchungsführers einen in der Regel eine A 4 Seite umfassenden Brief schreiben und in gleichem Umfang Post empfangen. Briefe an diplomatische Vertretungen und dem Verteidiger sowie Eingaben und Beschwerden werden davon nicht berührt.
- Aus vernehmungstaktischen Gründen sollte Verhafteten in bestimmten Fällen das Senden von Glückwunschkarten ermöglicht werden.
- Eingehende Post sowie eventuell mitgesandte Fotos verbleiben nach Kenntnisnahme durch den Verhafteten beim Untersuchungsführer.
Auf Verlangen des Verhafteten wird ihm die Post zur nochmaligen Einsichtnahme vorgelegt. Nach dem Abschluß des Gerichtsverfahrens übergibt der Untersuchungsführer die Post/Fotos in die Effekten des Betreffenden.
- Eingehende Post darf dem Verhafteten nur dann nicht ausgehändigt werden, wenn der Zweck der Untersuchung oder der Untersuchungshaft gefährdet wird. Eine Teilvorlesung des Briefinhaltes ist möglich. Beide Fälle bedürfen der schriftlichen Bestätigung durch den Staatsanwalt.
- Werden Verhaftete für die Hauptverhandlung in den Zuständigkeitsbereich einer anderen Abteilung IX (oder von der HA IX in eine Abteilung IX) überführt, dann teilt die überführende Abteilung IX der aufnehmenden Abteilung die wesentlichen Inhaltskomponenten des Briefverkehrs mit. Briefe dieser Verhafteten in das Ausland werden zum Zwecke der Kontrolle und Weiterleitung der überführenden Abteilung IX zugestellt.
- Der Inhalt von Briefen Verhafteter in das kapitalistische Ausland ist ebenso wie in anderen begründeten Fällen in geeigneter Form zu dokumentieren.